

**No. 48086\***

---

**Switzerland  
and  
Germany**

**Agreement between the Swiss Federal Council and the Government of the Federal Republic of Germany concerning the temporary stay of members of the armed forces of the Swiss Confederation and of members of the armed forces of the Federal Republic of Germany on the national territory of the other State to participate in exercise and instruction projects as well as their achievement (German-Swiss Agreement on the stay of armed forces) (with annex). Bern, 7 June 2010**

**Entry into force:** *provisionally on 7 June 2010 by signature and definitively on 17 June 2010 by notification, in accordance with article 13*

**Authentic text:** *German*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Switzerland, 14 December 2010*

\*No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.

---

**Suisse  
et  
Allemagne**

**Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne concernant le séjour temporaire de membres des forces armées de la Confédération suisse et de membres des forces armées de la République fédérale d'Allemagne sur le territoire national de l'autre État, aux fins de participation à des projets d'exercices et d'instruction ainsi que de leur réalisation (Accord germano-suisse sur le séjour de forces armées) (avec annexe). Berne, 7 juin 2010**

**Entrée en vigueur :** *provisoirement le 7 juin 2010 par signature et définitivement le 17 juin 2010 par notification, conformément à l'article 13*

**Texte authentique : allemand**

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : Suisse, 14 décembre 2010**

\* Numéro de volume RTNU n'a pas encore été établie pour ce dossier. Les textes reproduits ci-dessous, s'ils sont disponibles, sont les textes authentiques de l'accord/pièce jointe d'action tel que soumises pour l'enregistrement et publication au Secrétariat. Pour référence, ils ont été présentés sous forme de la pagination consécutive. Les traductions, s'ils sont inclus, ne sont pas en form finale et sont fournies uniquement à titre d'information.

[ GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND ]

**Abkommen**

**zwischen**

**dem Schweizerischen Bundesrat**

**und**

**der Regierung der Bundesrepublik Deutschland**

**über**

**den vorübergehenden Aufenthalt von Mitgliedern**

**der Streitkräfte der Schweizerischen Eidgenossenschaft**

**und**

**der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland**

**im Hoheitsgebiet des jeweils anderen Staats**

**für die Teilnahme an und die Durchführung von Übungs- und Ausbildungsvorhaben**

**(schweizerisch-deutsches Streitkräfteaufenthaltsabkommen)**

Der Schweizerische Bundesrat  
und  
die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

im Hinblick auf das in Brüssel unterzeichnete Übereinkommen vom 19. Juni 1995 zwischen den Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrags und den anderen an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmenden Staaten über die Rechtsstellung ihrer Truppen (PfP-Truppenstatut) sowie das Zusatzprotokoll vom 19. Juni 1995 zum PfP-Truppenstatut,

im Hinblick auf die Vereinbarung vom 29. September 2003 zwischen dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport handelnd für den Schweizerischen Bundesrat und dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland über die Zusammenarbeit der Streitkräfte auf dem Gebiet der Ausbildung (Ausbildungsvereinbarung),

in dem Bestreben, die Voraussetzungen und Bedingungen des vorübergehenden Aufenthalts zu Übungs- und Ausbildungszwecken von Mitgliedern der deutschen Streitkräfte in der Schweizerischen Eidgenossenschaft und von Mitgliedern der schweizerischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland zu regeln,

davon ausgehend, dass die Bestimmungen dieses Abkommens die Rechte und Verpflichtungen der Vertragsparteien aus völkerrechtlichen Vereinbarungen über internationale Gerichte einschließlich des Römischen Statuts über den Internationalen Strafgerichtshof unberührt lassen

sind wie folgt übereingekommen:

## Artikel 1

### Gegenstand des Abkommens

Dieses Abkommen regelt für die Teilnahme an und die Durchführung von Übungs- und Ausbildungsvorhaben die Ein- und Durchreise von Mitgliedern der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland und der Streitkräfte der Schweizerischen Eidgenossenschaft in das und deren Ausreise aus dem Hoheitsgebiet des jeweils anderen Staats sowie deren vorübergehenden Aufenthalt darin. Der Begriff „Mitglieder der Streitkräfte“ bezeichnet das militärische Personal der Streitkräfte der Vertragsparteien und das zivile Gefolge, welche sich im Rahmen von Übungs- und Ausbildungsvorhaben nach der Ausbildungsvereinbarung als Auszubildende, Ausbilder oder Angehörige eines militärischen Verbandes oder einer Ausbildungseinrichtung im jeweiligen Aufnahmestaat aufhalten.

## Artikel 2

### Art, Umfang und Dauer des Aufenthalts

Vorübergehende Aufenthalte im Sinne dieses Abkommens werden von den Streitkräften des Entsendestaats für Übungen, Ausbildung von Einheiten und Durchreise auf dem Landwege zu diesem Zweck mit einem Umfang von bis zu 3.000 Mitgliedern der Streitkräfte des Entsendestaats und einer Aufenthaltsdauer, die in der Regel 30 Tage nicht überschreitet, vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Behörden des Aufnahmestaats im jeweiligen Einzelfall durchgeführt.

### Artikel 3

#### Bedingungen für Einreise, Ausreise und Aufenthalt

(1) Soweit in diesem Abkommen nichts anderes geregelt ist, richten sich die Einreise in den und die Ausreise aus dem Aufnahmestaat sowie der dortige vorübergehende Aufenthalt von Mitgliedern der Streitkräfte des Entsendestaats nach dem PfP-Truppenstatut.

(2) Hinsichtlich der von den Streitkräften des Entsendestaats in den Aufnahmestaat ein- oder mitgeführten Waffen gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen außenwirtschaftlichen und kriegswaffenkontrollrechtlichen Genehmigungen gelten für ein- oder mitgeführte Kriegswaffen der Mitglieder der Streitkräfte der Schweizerischen Eidgenossenschaft als erteilt. Die Streitkräfte der Schweizerischen Eidgenossenschaft führen bei der Einreise in die und während ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland eine Kopie dieses Abkommens als Nachweis der erforderlichen Genehmigung mit sich.
  
- b) Nach dem Recht der Schweizerischen Eidgenossenschaft benötigen ausländische Truppen und deren Angehörige, die für Übungs- und Ausbildungsvorhaben in die Schweizerische Eidgenossenschaft einreisen, für die dazu mitgeführten Rüstungsgüter weder eine Ein- noch eine Wiederausfuhrbewilligung.

### Artikel 4

#### Gesundheitswesen

(1) Die Streitkräfte des Entsendestaats sind zur Beachtung der Gesundheitsvorschriften des Aufnahmestaats verpflichtet.

(2) Zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten bei Menschen, Tieren und Pflanzen sowie zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse im Aufnahmestaat gelten dessen Rechtsvorschriften. Infektionsschutzrechtliche, tierseuchenrechtliche, lebensmittelrechtliche Maßnahmen, pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen bezüglich Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und sonstigen Gegenständen sowie arzneimittel-, medizinprodukte- und hygienerechtliche Maßnahmen werden von den zuständigen Behörden des Aufnahmestaats getroffen, soweit zwischenstaatliche Vereinbarungen dem nicht entgegenstehen.

## Artikel 5

### Strafgerichtsbarkeit und Zwangsmaßnahmen

(1) Soweit dem Aufnahmestaat gemäß Artikel I des Pfp-Truppenstatuts in Verbindung mit Artikel VII des NATO-Truppenstatuts das Recht auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit gegenüber Mitgliedern der Streitkräfte des Entsendestaats zusteht, wird die zuständige Behörde des Aufnahmestaats von der Ausübung dieser Gerichtsbarkeit absehen, es sei denn, dass wesentliche Belange der Rechtspflege des Aufnahmestaats die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit erfordern.

(2) Wesentliche Belange der Rechtspflege können die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit insbesondere in den folgenden Fällen erfordern:

- a) strafbare Handlungen nach Artikel VII Absatz 2 Buchstabe c des NATO-Truppenstatuts sowie vergleichbare strafbare Handlungen von erheblicher Bedeutung gegen die Sicherheit des Aufnahmestaats,
- b) strafbare Handlungen, durch die der Tod eines Menschen verursacht wird, sowie schwerwiegende Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit und die sexuel-

le Selbstbestimmung, soweit sich diese nicht gegen ein Mitglied der Streitkräfte des Entsendestaats richten,

c) der Versuch solcher strafbarer Handlungen und die Teilnahme an diesen.

(3) Wird von der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so entfernt der Entsendestaat den Tatverdächtigen auf Ersuchen des Aufnahmestaats unverzüglich aus dem Hoheitsgebiet des Aufnahmestaats.

(4) Ist der Tatverdächtige in den Entsendestaat zurückgekehrt und liegt ein Fall nach Absatz 3 nicht vor, so unterbreitet der Entsendestaat auf Ersuchen des Aufnahmestaats den Fall seinen zuständigen Behörden zur Entscheidung über die Einleitung eines Strafverfahrens.

(5) Ist im Rahmen eines Strafverfahrens im Aufnahmestaat gegen ein Mitglied der Streitkräfte des Entsendestaats zu entscheiden, ob eine Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes erfolgt ist, ist für diese Entscheidung das Recht des Entsendestaats maßgebend. Auf Ersuchen des Aufnahmestaats kann hierüber durch eine von dem Entsendestaat benannte Behörde eine Bescheinigung erstellt werden, die der Aufnahmestaat seinen zuständigen Behörden unterbreitet und von diesen im Rahmen ihrer nationalen Rechtsordnung angemessen berücksichtigt wird.

(6) Die zuständigen Gerichte und Behörden beider Staaten leisten einander im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts Rechtshilfe zur Unterstützung in Strafverfahren. Sehen die zuständigen Behörden des Aufnahmestaats nicht von der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit ab, so wirkt der Entsendestaat im Rahmen seiner Rechtsordnung darauf hin, dass sich Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts im Aufnahmestaat eine Straftat begangen zu haben, den Gerichten und Behörden des Aufnahmestaats stellen.



(7) Die Gerichte und Behörden des Aufnahmestaats sind im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Befugnisse berechtigt, Zwangsmaßnahmen gegenüber Mitgliedern der Streitkräfte des Entsendestaats während ihres Aufenthalts im Aufnahmestaat anzuordnen und durchzuführen.

(8) Wird ein Mitglied der Streitkräfte des Entsendestaats durch Behörden des Aufnahmestaats vorläufig festgenommen oder werden andere Zwangsmaßnahmen angewendet, die den Entzug der Freiheit zur Folge haben, so unterrichtet die zuständige Behörde des Aufnahmestaats unverzüglich die diplomatische Vertretung des Entsendestaats im Aufnahmestaat. Dabei wird mitgeteilt, welches Gericht oder welche Behörde für das weitere Verfahren zuständig ist.

(9) Die Gerichte und Behörden des Entsendestaats üben ihre Strafgerichtsbarkeit nicht im Aufnahmestaat aus.

## Artikel 6

### Telekommunikation

(1) Für die Inanspruchnahme von öffentlich angebotenen Telekommunikationsdienstleistungen im Aufnahmestaat gelten neben den allgemeinen Vorschriften des Aufnahmestaats die jeweiligen Geschäftsbedingungen des Dienstleistungserbringers.

(2) Die Streitkräfte des Entsendestaats können, soweit dies zur Erreichung des Aufenthaltszwecks erforderlich ist, vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Behörden des Aufnahmestaats vorübergehend Telekommunikationsanlagen einschließlich Funkanlagen errichten und betreiben.

(3) Funkanlagen sowie Telekommunikationsendeinrichtungen der Streitkräfte des Entsendestaats, die im Hoheitsgebiet des Aufnahmestaats betrieben oder an Anschlüsse

oder Übertragungswege der öffentlichen Telekommunikationsnetze angeschaltet werden sollen, müssen die technischen Anforderungen erfüllen, die nach der Rechtsordnung des Aufnahmestaats für Funkanlagen oder Telekommunikationsendeinrichtungen allgemein gelten. Die Erfüllung dieser Anforderungen muss in einem Konformitätsbewertungsverfahren nachgewiesen und die Einrichtungen müssen entsprechend gekennzeichnet sein.

(4) Die Streitkräfte des Entsendestaats benutzen im Aufnahmestaat nur Funkfrequenzen, die ihnen von den zuständigen Behörden des Aufnahmestaats zugeteilt sind. Am Ende des Aufenthalts gehen die Funkfrequenzen an die zuständigen Behörden des Aufnahmestaats zurück.

(5) Die Streitkräfte des Entsendestaats treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um Störungen der Telekommunikationsnetze im Aufnahmestaat durch ihre Telekommunikations- oder anderen elektrischen Anlagen zu vermeiden. Verursachen Funkstellen der Streitkräfte des Entsendestaats schädliche Funkstörungen bei Funkstellen außerhalb des Aufnahmestaats oder werden sie von solchen Funkstellen in schädlicher Weise gestört, so verfahren die zuständigen Behörden des Aufnahmestaats nach den Bestimmungen der jeweils gültigen Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion sowie der Vollzugsordnung für den Funkdienst. Die zuständigen Behörden des Aufnahmestaats treffen im Rahmen der geltenden Vorschriften alle erforderlichen Maßnahmen, um Störungen der Telekommunikationseinrichtungen der Streitkräfte des Entsendestaats durch Telekommunikations- oder andere elektrische Anlagen des Aufnahmestaats zu vermeiden. Im Fall von elektromagnetischen Störungen werden die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten angewendet. Ergibt sich hieraus die Notwendigkeit einer Außerbetriebnahme der Störquelle, muss diese durch die Streitkräfte des Entsendestaats unverzüglich vorgenommen werden.

**Artikel 7**  
**Umweltschutz**

(1) Die Streitkräfte des Entsendestaats anerkennen die Bedeutung des Umweltschutzes bei ihren Tätigkeiten im Aufnahmestaat und halten die Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats zum Schutz der Umwelt ein.

(2) Die zuständigen Behörden beider Staaten arbeiten im Rahmen dieses Abkommens in allen Fragen des Umweltschutzes, insbesondere bei der Vorbereitung von Übungen, eng zusammen.

(3) Auch über die Einhaltung der Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats hinaus sind Umweltbeeinträchtigungen zu vermeiden und bei unvermeidbaren Umweltbeeinträchtigungen angemessene Maßnahmen zum Ausgleich zu treffen.

(4) Für den Transport von Waffen, schwerem Gerät oder Gefahrgut wird dem Schienen- und dem Wasserweg Vorrang eingeräumt. Die Transportwege und -mittel werden zwischen den Verteidigungsministerien in Abstimmung mit den zuständigen Behörden des Aufnahmestaats vereinbart.

(5) Die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats werden für den Betrieb ihrer Luft-, Wasser- und Landfahrzeuge im Aufnahmestaat, soweit dies mit den technischen Erfordernissen dieser Fahrzeuge vereinbar ist, nur Treibstoffe, Schmierstoffe und Zusatzstoffe verwenden, die schadstoffarm gemäß den Vorschriften des Aufnahmestaats sind. Bei Personenkraftfahrzeugen und Nutzfahrzeugen werden die Vorschriften des Aufnahmestaats über die Begrenzung von Lärm- und Abgasemissionen eingehalten, soweit dies nicht unverhältnismäßig ist.

(6) Bei der Benutzung von Übungseinrichtungen werden durch die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats die jeweiligen Benutzungsordnungen, insbesondere die

Sicherheitsbestimmungen, die Brandschutzbestimmungen und die Bestimmungen zum Schutz der Umwelt, eingehalten. Gleiches gilt bezüglich der Verwaltungsvorschriften der Streitkräfte des Aufnahmestaats für Übungen. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Aufnahmestaats.

(7) Die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats werden die Vorschriften des Aufnahmestaats zur umweltverträglichen Verwertung oder sonstigen Entsorgung von Abfällen einhalten.

#### Artikel 8

##### Verkehr mit Fahrzeugen der Streitkräfte des Entsendestaats sowie Benutzung der Flugplätze des Aufnahmestaats

(1) Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger der Streitkräfte des Entsendestaats werden für den Verkehr von dessen zuständiger Behörde registriert und zugelassen. Diese Fahrzeuge führen ein Nummernschild und ein deutliches Nationalitätskennzeichen.

(2) Transporte und Beförderungen durch Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats im Rahmen der innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats und geltender völkerrechtlicher Verträge, die für beide Staaten verbindlich sind, sowie der damit im Zusammenhang stehenden technischen Vereinbarungen und Verfahren gelten als genehmigt beziehungsweise als zugelassen.

(3) Die militärischen Behörden des Aufnahmestaats koordinieren die Wahrnehmung militärischer Interessen des Entsendestaats in Verkehrsangelegenheiten gegenüber den zivilen Behörden und Unternehmen.

(4) Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats halten die Verkehrsvorschriften des Aufnahmestaats einschließlich der Vorschriften über das Verhalten am Unfallort und

der Vorschriften über den Transport von Gefahrgut ein. Die zuständigen Behörden des Aufnahmestaats überwachen die Einhaltung dieser Vorschriften. Diese Überwachung kann gemeinsam mit den zuständigen Behörden des Entsendestaats durchgeführt werden.

(5) Die Streitkräfte des Entsendestaats beachten die Verkehrssicherheitsvorschriften des Aufnahmestaats; innerhalb dieses Rahmens können die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats ihre eigenen innerstaatlichen Normen auf den Bau, die Ausführung und die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Binnenschiffe und Luftfahrzeuge anwenden. Die Behörden beider Staaten arbeiten bei der Umsetzung dieser Bestimmungen eng zusammen.

(6) Der Verkehr mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, deren Abmessungen, Achslast, Gesamtgewicht oder Anzahl die nach dem Straßenverkehrsrecht des Aufnahmestaats geltenden Begrenzungen überschreiten, wird, außer in Notfällen zum Schutz von Leib und Leben, nur mit Erlaubnis der zuständigen Behörden des Aufnahmestaats durchgeführt. Außerhalb von Übungsplätzen werden Kettenfahrzeuge grundsätzlich auf der Schiene oder, soweit erforderlich, auf Tiefladern bewegt. Ein Befahren öffentlicher Straßen und Wege mit Kettenfahrzeugen ohne Kettenpolster ist unzulässig.

(7) Außer in Notfällen dürfen Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats mit militärischen Luftfahrzeugen zivile Verkehrsflugplätze des Aufnahmestaats nur mit Erlaubnis der zuständigen Behörden benutzen, die nach den Bestimmungen des Aufnahmestaats erteilt wird.

## Artikel 9

### Haftung und Schadensabwicklung

(1) Bei der Haftung und Schadensabwicklung werden beide Staaten in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des PFP-Truppenstatuts verfahren, soweit in diesem Abkommen nichts anderes geregelt ist.

(2) Für die Abwicklung von Schäden Dritter gelten die als Anlage beigefügten Bestimmungen. Diese Anlage ist Bestandteil dieses Abkommens.

## Artikel 10

### Übungen und Ausbildung

(1) Für Übungen gelten die gesetzlichen Bestimmungen und die Verwaltungsvorschriften des Aufnahmestaats.

(2) Übungen zu Lande finden grundsätzlich auf Truppenübungsplätzen, Schießplätzen und in anderen militärischen Ausbildungseinrichtungen statt.

(3) Für Übungen im Luftraum gelten die Vorschriften des Aufnahmestaats über den Einflug in den Luftraum und seine Benutzung sowie die hiervon abweichenden Regelungen militärischer Art. Ferner finden die Vorschriften über die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt, die sich im Rahmen der Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation halten, sowie die geltenden Anmeldungs-, Zustimmungs- und Koordinierungsverfahren, wie sie in den entsprechenden Vorschriften des Aufnahmestaats enthalten sind, Anwendung. Die an einer Übung teilnehmenden Luftfahrzeugbesatzungen sowie das daran beteiligte Flugsicherungs- und Luftverteidigungskontrollpersonal müssen die englische Sprache beherrschen, soweit dies aus Gründen der Flugsicherheit oder Flugsicherung erforderlich ist.

(4) Die Absätze 1 bis 3 finden auf Ausbildungsmaßnahmen entsprechende Anwendung.

#### Artikel 11 Streitbeilegung

Streitigkeiten über die Anwendung oder Auslegung dieses Abkommens werden durch Verhandlungen gütlich beigelegt und nicht zur Schlichtung an Dritte verwiesen.

#### Artikel 12 Durchführung

Vereinbarungen zur Durchführung dieses Abkommens können zwischen den Verteidigungsministerien der beiden Staaten getroffen werden, die sich gegenseitig über die zuständigen Ansprechpartner zur Durchführung dieses Abkommens unterrichten.

#### Artikel 13 Inkrafttreten, Geltungsdauer und Kündigung

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland dem Schweizerischen Bundesrat mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung. Das Abkommen wird ab dem Tag der Unterzeichnung nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts vorläufig angewendet.

(2) Dieses Abkommen bleibt auf unbegrenzte Zeit in Kraft. Das Abkommen kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Weg schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang wirksam.

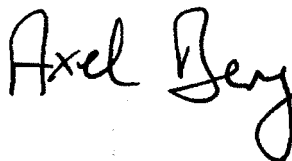
(3) Die Bestimmungen der Vereinbarung vom 29. September 2003 zwischen dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport handelnd für den Schweizerischen Bundesrat und dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland über die Zusammenarbeit der Streitkräfte auf dem Gebiet der Ausbildung gelten weiterhin. Im Falle von Widersprüchen ist das vorliegende Abkommen maßgebend.

Geschehen zu Bern am 7. Juni 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher Sprache.

Für den  
Schweizerischen Bundesrat



Für die Regierung  
der Bundesrepublik Deutschland





**Anlage  
zum Abkommen  
zwischen  
dem Schweizerischen Bundesrat  
und  
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
über  
den vorübergehenden Aufenthalt von Mitgliedern  
der Streitkräfte der Schweizerischen Eidgenossenschaft  
und  
der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland  
im Hoheitsgebiet des jeweils anderen Staats  
für die Teilnahme an und die Durchführung von Übungs- und Ausbildungsvorhaben  
(schweizerisch-deutsches Streitkräfteaufenthaltsabkommen)**

**Bestimmungen für die Schadensabwicklung**

**1. Zuständige Behörden**

**a) Schadensfälle in Deutschland**

- Zuständige schweizerische Behörde ist das Schadenzentrum des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS).
- Zuständige deutsche Behörde ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

**b) Schadensfälle in der Schweiz**

- Zuständige schweizerische Behörde ist das Schadenzentrum des VBS.
- Zuständige deutsche Behörde ist das Bundesamt für Wehrverwaltung.

## 2. Zusammenarbeit

Die zuständigen deutschen und schweizerischen Behörden arbeiten bei allen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Abwicklung von Schadensfällen gemäß Artikel I des PFP-Truppenstatuts in Verbindung mit Artikel VIII Absätze (5) bis (7) des NATO-Truppenstatuts ergeben, vertrauensvoll zusammen.

## 3. Schadensabwicklung

### a) Regelung durch den Aufnahmestaat

Die Behörde des Aufnahmestaats ist zuständig für die Entgegennahme und Prüfung des Entschädigungsantrags. Sie führt nach Eingang des Antrags unverzüglich ihre eigenen Ermittlungen hierzu durch.

### b) Zusammenarbeit der Behörden des Aufnahme- und des Entsendestaats

Die Behörde des Aufnahmestaats teilt der Behörde des Entsendestaats so bald wie möglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Wochen, den Eingang des Entschädigungsantrags mit. In der Mitteilung werden gegebenenfalls das Aktenzeichen der Behörde des Aufnahmestaats, Name und Anschrift des Antragstellers, eine kurze Schilderung des Vorfalls unter Angabe von Zeit und Ort, der geforderte Entschädigungsbetrag, die Art des Schadens, die Namen der beteiligten Mitglieder der Streitkräfte sowie die Bezeichnung der am Vorfall beteiligten Einheit angegeben. Die Mitteilung wird in zweifacher Ausfertigung übersandt.

Die Behörde des Entsendestaats bestätigt der Behörde des Aufnahmestaats den Eingang der Mitteilung und übersendet ihr innerhalb von sechs Wochen nach Eingang der Mitteilung alle verfügbaren Informationen und Beweismittel. Lie-

gen der Behörde des Entsendestaats keine derartigen Informationen und Beweismittel vor, so teilt sie dies der Behörde des Aufnahmestaats mit. Die Behörde des Entsendestaats teilt der Behörde des Aufnahmestaats ferner mit, ob der Schaden nach ihrer Auffassung durch eine Handlung oder Unterlassung, für die die Streitkräfte des Entsendestaats rechtlich verantwortlich sind und/oder im Zusammenhang mit der Benutzung eines Fahrzeugs der Truppe verursacht worden ist und ob die Fahrzeugbenutzung befugt oder unbefugt war.

c) Zahlung und Erstattung des Entschädigungsbetrages

Die Behörde des Aufnahmestaats entscheidet nach Auswertung aller verfügbaren Informationen und Beweismittel, ob und in welcher Höhe der Anspruch nach dem Recht des Aufnahmestaats begründet ist.

Die Behörde des Aufnahmestaats zahlt den Entschädigungsbetrag in ihrer Währung. Sie fordert diesen von der Behörde des Entsendestaats zur Erstattung an. Die Behörde des Entsendestaats erstattet diesen Betrag innerhalb von drei Monaten.

Ist nach dem Recht des Aufnahmestaats eine Entschädigung in Form einer Rente zu gewähren, so ist sie im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien nach den im Aufnahmestaat geltenden Grundsätzen als kapitalisierter Betrag zu erstatten.

d) Besondere Bestimmungen zur Abwicklung außerdienstlicher Schäden

Bei der Abwicklung von Schäden, die nicht in Ausübung des Dienstes verursacht worden sind, prüft die Behörde des Aufnahmestaats den Anspruch, ermittelt in billiger und gerechter Weise unter Berücksichtigung aller Umstände des Falles einschließlich des Verhaltens der verletzten Person den dem Antragsteller zukommenden Betrag und fertigt einen Bericht für die Behörde des Entsende-

staats, die diesen unverzüglich prüft und entscheidet, ob und in welcher Höhe sie eine Entschädigung für gerechtfertigt hält.

Die Behörde des Aufnahmestaats wird – unabhängig von der Entscheidung des Entsendestaats – dem Antragsteller den ihm zukommenden Betrag ohne Anerkennung einer Rechtspflicht (*ex gratia*) als Abfindung anbieten. Wird dieses Angebot von dem Antragsteller als volle Befriedigung seines Anspruchs angenommen, so nimmt die Behörde des Aufnahmestaats die Zahlung vor.

Der Entsendestaat erstattet dem Aufnahmestaat die erbrachten Zahlungen.

Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Ziffer 3 Buchstaben a bis c entsprechend.

[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE SWISS FEDERAL COUNCIL AND THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY CONCERNING THE TEMPORARY STAY OF MEMBERS OF THE ARMED FORCES OF THE SWISS CONFEDERATION AND OF MEMBERS OF THE ARMED FORCES OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON THE NATIONAL TERRITORY OF THE OTHER STATE TO PARTICIPATE IN EXERCISE AND INSTRUCTION PROJECTS AND THE PERFORMANCE THEREOF (GERMAN-SWISS VISITING FORCES AGREEMENT)

The Swiss Federal Council and the Government of the Federal Republic of Germany,

Having regard to the Agreement among the States Parties to the North Atlantic Treaty and the other States participating in the Partnership for Peace regarding the Status of their Forces (PfP SOFA), signed at Brussels on 19 June 1995, and the Additional Protocol to the PfP SOFA of 19 June 1995,

In view of the agreement of 29 September 2003 between the Swiss Ministry of Defence, Civil Protection and Sports, acting for the Swiss Federal Council, and the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany on armed forces cooperation in the field of instruction (instruction agreement),

In an effort to regulate the terms and conditions of the temporary stay for training and instruction purposes of members of the German armed forces in the Swiss Confederation and of members of the Swiss armed forces in the Federal Republic of Germany,

With the understanding that the provisions of this Agreement will not affect the Parties' rights and obligations under international agreements instituting international courts, including the Rome Statute of the International Criminal Court,

Have agreed as follows:

*Article 1. Subject of the Agreement*

This Agreement regulates the entry into, transit through, and departure from the territory of the other State of members of the armed forces of the Federal Republic of Germany and of the Swiss Confederation, as well as their temporary stay therein for purposes of participation in exercise and instruction projects and the performance thereof. The term “members of the armed forces” means military and civilian personnel of the Parties' armed forces residing in the receiving State for the purpose of exercise and instruction projects under the instruction agreement as trainees, trainers or members of a military organization or an educational institution.

*Article 2. Type, scope and duration of stay*

Temporary stays in the sense of this Agreement are carried out by the armed forces of the sending State for exercises, unit training and overland transit. Up to 3,000 members of the armed forces of the sending State shall be admitted for a duration that will usually not exceed 30 days, subject to the approval of the competent authorities of the receiving State in each individual case.

*Article 3. Conditions for entry, departure and stay*

1) Unless otherwise stated in this Agreement, entry into, departure from, and stay in the receiving State by members of the armed forces of the sending State shall be governed by the PfP Status of Forces Agreement.

2) With regard to weapons imported or brought into the receiving State by the armed forces of the sending State, the following provisions shall apply:

a) The foreign trade and war weapons control licences required in accordance with the law of the Federal Republic of Germany are deemed to have been granted for weapons imported or brought into the country by members of the armed forces of the Swiss Confederation. The armed forces of the Swiss Confederation shall, when entering and during their stay in the Federal Republic of Germany, carry with them a copy of this Agreement as evidence of the required approval.

b) Under the laws of the Swiss Confederation, foreign troops and their families arriving in the Swiss Confederation for practice and instruction projects do not require either an import nor a re-export permit for imported weaponry.

*Article 4. Public health*

1) The armed forces of the sending State undertake to observe the health regulations of the receiving State.

2) As regards the prevention and control of communicable diseases in humans, animals and plants as well as the control of organisms harmful to plants and plant products in the receiving State, the relevant national legislation of the receiving State shall apply. Measures for epidemic control, epizootic disease control and food and drug laws, phytosanitary control measures with regard to plants, plant products and other objects, as well as legislative measures on medicines, medical devices and hygiene, may be taken by the competent authorities of the receiving State, in so far as these do not conflict with international agreements.

*Article 5. Criminal jurisdiction and coercive measures*

1) Insofar as the receiving State has the right, under Article I of the PfP Status of Forces Agreement in conjunction with Article VII of the NATO Status of Forces Agreement, to exercise criminal jurisdiction over members of the armed forces of the sending State, the competent authority of the receiving State shall waive that right unless essential

interests of the receiving State's administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

2) Essential interests of the administration of justice may make the exercise of criminal jurisdiction imperative in particular in the following cases:

a) offences punishable under Article VII(2)(c) of the NATO Status of Forces Agreement, and similar very serious offences detrimental to the security of the receiving State,

b) offences causing the death of a human being, as well as serious offences against a person's physical integrity or sexual self-determination, except where such offences are directed against a member of the armed forces of the sending State,

c) any attempt to commit such offences or participation therein.

3) If the exercise of criminal jurisdiction is waived, the sending State shall, at the request of the receiving State, remove the suspect from the territory of the receiving State without delay.

4) Where the suspect has returned to the sending State and the case is not governed by paragraph 3, the sending State shall, at the receiving State's request, submit the case to its competent authorities for a decision on the institution of criminal proceedings.

5) Where criminal proceedings are undertaken in the receiving State against a member of the armed forces of the sending State, the law of the sending State shall prevail in deciding whether an act or omission occurred in the course of that person's official duty. At the request of the receiving State, an attestation thereof may be given by a designated authority of the sending state and submitted by the receiving State to its competent authorities, who shall accord it due consideration under their domestic legal system.

6) The competent courts and authorities of both States shall assist one another with criminal proceedings within the framework of their national law. Where the competent authorities of the receiving State have not waived the exercise of criminal jurisdiction, the sending State shall, in accordance with its domestic law, ensure that members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay in the receiving State appear before the courts and authorities of the receiving State.

7) The courts and authorities of the receiving State shall have the right, within the limits of their jurisdiction and competence, to order and carry out coercive measures against members of the armed forces of the sending State during their stay in the receiving State.

8) Where a member of the armed forces of the sending State has been arrested by the authorities of the receiving State or other coercive measures are taken resulting in detention, the competent authority of the receiving State shall immediately so notify the sending State's diplomatic mission in the receiving State. That notification shall state which court or authority has jurisdiction over the further proceedings.

9) The courts and authorities of the sending State shall not exercise their criminal jurisdiction in the receiving State.

*Article 6. Telecommunications*

1) The use of publicly offered telecommunications services in the receiving State shall be subject to both the general regulations of the receiving State and the service provider's specific terms of business.

2) Subject to the approval of the competent authorities of the receiving State, the armed forces of the sending State may, to the extent necessary to achieve the purpose of their stay, set up and operate telecommunications facilities, including radio systems, on a temporary basis.

3) Radio systems and telecommunications terminal equipment of the sending State's armed forces that are to be operated in the territory of the receiving State or connected to ports or transmission lines of public telecommunications networks shall meet the technical requirements generally applicable to radio systems and telecommunications terminal equipment under the law of the receiving State. Compliance with these requirements shall be proven through a conformity assessment procedure, and the equipment shall be marked accordingly.

4) The armed forces of the sending State shall, in the receiving State, use only those radio frequencies assigned to them by the competent authorities of the receiving State. Those frequencies shall, at the end of their stay, revert to the competent authorities of the receiving State.

5) The armed forces of the sending State shall take all necessary measures to avoid interference with the receiving State's telecommunications networks from their telecommunications or other electrical installations. Should radio stations operated by the armed forces of the sending State cause harmful interference with radio stations located outside the receiving State, or suffer harmful interference from such stations, the competent authorities of the receiving State shall act in accordance with the provisions of the Constitution and Convention of the International Telecommunication, as amended, and the Radio Regulations. The competent authorities of the receiving State shall take all necessary measures, to the extent authorized by existing regulations, to prevent the receiving State's telecommunications or other electrical installations from interfering with the telecommunications equipment of the armed forces of the sending State. In the event of electromagnetic interference, the national provisions concerning electromagnetic compatibility of devices shall apply. If this results in the need to take the source of interference out of operation, the armed forces of the sending State shall do so without delay.

*Article 7. Environmental protection*

1) The armed forces of the sending State shall recognize the importance of environmental protection in their activities within the receiving State and shall comply with its environmental protection laws.

2) The competent authorities of both countries shall, under this Agreement, work closely together in all matters of environmental protection, in particular in the preparation of exercises.



3) Compliance with the legal provisions of the Receiving State notwithstanding, degradation of the environment shall be avoided, and where it cannot, appropriate environmental protection measures shall be taken.

4) For the transport of weapons, heavy equipment or hazardous materials, preference shall be given to rail and water transport. Routes and means of transport shall be agreed between the defence ministries in coordination with the competent authorities of the receiving State.

5) In operating aircraft, vessels and vehicles in the receiving State, members of the armed forces of the sending State shall, insofar as these are compatible with the technical requirements of such aircraft, vessels and vehicles, use only fuels, lubricants and additives classified as low-pollutant under the regulations of the receiving State. Passenger and utility vehicles shall comply with the noise pollution and exhaust emissions regulations of the receiving State to the extent that those regulations are not unduly restrictive.

6) When using training facilities, members of the armed forces of the sending State shall comply with the applicable rules for their use, in particular safety, fire protection and environmental regulations. The same applies to the service regulations of the armed forces of the receiving State relating to exercises. Any exception to these provisions requires the consent of the receiving State.

7) Members of the armed forces of the sending State shall comply with the regulations of the receiving State on environmentally sound waste recycling or other disposal.

*Article 8. Operation of vehicles of the sending State's armed forces and use of the receiving State's airfields*

1) Motor vehicles and trailers of the armed forces of the sending State shall be registered and licensed for use on the road by the competent authority of the sending State. They shall bear a licence plate and a distinctive nationality mark.

2) Transports and movements carried out by members of the armed forces of the sending State within the scope of the national legal provisions of the receiving State and applicable international agreements that are binding on both States, including related technical arrangements and procedures, shall be deemed to be approved.

3) The military authorities of the receiving State shall coordinate the representation of the sending State's military interests in traffic matters vis-à-vis civilian authorities and enterprises.

4) Members of the armed forces of the sending State shall obey the receiving State's traffic regulations, including those concerning behaviour at the scene of an accident and on the transport of hazardous materials. The competent authorities of the receiving State shall monitor compliance with these regulations. Such monitoring may be conducted in conjunction with the competent authorities of the sending State.

5) The armed forces of the sending State shall observe the receiving State's traffic safety regulations; within the limits imposed thereby, the members of the armed forces of the sending State may apply their own national standards to the construction, design and equipment of motor vehicles, trailers, inland waterway vessels and aircraft. The authorities of both countries shall work closely together to implement these provisions.

6) The operation of vehicles and trailers whose dimensions, axle load, total weight or numbers exceed the permissible limits under the receiving State's road traffic law shall, except in emergencies and for protection of life and limb, be subject to the permission of the competent authorities of the receiving State. Outside troop training areas, tracked vehicles shall as a rule be moved by rail or, if necessary, on flatbed trailers. Tracked vehicles without track pads shall not be operated on public roads and trails.

7) Except in an emergency, members of the armed forces of the sending State may use the receiving State's civilian airfields with military aircraft only with the permission of the receiving State's competent authorities, granted in accordance with the regulations in force in the receiving State.

#### *Article 9. Liability and claims settlement*

1) In matters of liability and claims settlement, both countries shall act in accordance with the provisions of the Partnership for Peace Status of Forces Agreement, unless this Agreement otherwise provides.

2) For the settlement of third-party claims, the provisions of the Annex hereto shall apply. That Annex is an integral part of this Agreement.

#### *Article 10. Exercises and instruction*

1) Exercises shall be governed by the statutory provisions and administrative regulations of the receiving State.

2) Land exercises shall normally take place at military training grounds, firing ranges and other military training facilities.

3) Air exercises will be governed by the receiving State's provisions on entry into and use of its airspace as well as by any military regulations that differ therefrom. Furthermore, the provisions on the use of aviation facilities and equipment will apply; these are based on the International Civil Aviation Organization's Standards and Recommended Practices, together with the applicable notification, approval and coordination procedures contained in the receiving State's relevant regulations. Aircrews participating in a training exercise and assigned air traffic control and air defence control personnel must have a good command of the English language, insofar as that is necessary for reasons of flight safety and air traffic control.

4) Paragraphs 1 to 3 shall apply *mutatis mutandis* to instruction.

#### *Article 11. Dispute settlement*

Disputes concerning the application or interpretation of this Agreement shall be settled amicably through negotiations and not referred to a third party for arbitration.

*Article 12. Implementation*

Arrangements for the implementation of this Agreement may be made between the defence ministries of the two States, which will inform one another of the competent points of contact for the implementation of the Agreement.

*Article 13. Entry into force, duration and termination*

1) This Agreement shall enter into force on the day the Government of the Federal Republic of Germany notifies the Swiss Federal Council that its national requirements for such entry into force have been fulfilled, or the date of receipt of such notification, whichever is later. The Agreement shall apply provisionally as of the date of its signature, in accordance with national law in effect of each State.

2) This Agreement shall remain in force indefinitely. It may be terminated by either Party, in writing, through the diplomatic channel. Termination shall take effect one year after receipt of that notice.

3) The provisions of the agreement of 29 September 2003 between the Swiss Ministry of Defence, Civil Protection and Sports, acting for the Swiss Federal Council, and the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany on armed forces cooperation in the field of instruction shall continue to apply. In case of conflict, this Agreement shall prevail.

DONE at Bern on 7 June 2010 in two German-language originals.

For the Swiss Federal Council:

For the Government of the Federal Republic of Germany:

ANNEX TO THE AGREEMENT BETWEEN THE SWISS FEDERAL COUNCIL  
AND THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY  
CONCERNING THE TEMPORARY STAY OF MEMBERS OF THE ARMED  
FORCES OF THE SWISS CONFEDERATION AND OF MEMBERS OF THE  
ARMED FORCES OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON THE  
NATIONAL TERRITORY OF THE OTHER STATE TO PARTICIPATE IN EX-  
ERCISE AND INSTRUCTION PROJECTS AND THE PERFORMANCE  
THEREOF (GERMAN-SWISS VISITING FORCES AGREEMENT)

CLAIMS PROCESSING PROVISIONS

1. Competent authorities

a) Claims arising in Germany

- The competent Swiss authority is the Claims Centre of the Federal Department of Defence, Civil Protection and Sport (VBS).

- The competent German authority is the Institute for Federal Real Estate (BImA).

b) Claims arising in Switzerland

- The competent Swiss authority is the VBS Claims Centre.

- The competent German authority is the Federal Defence Administration (BAWV).

2. Cooperation

The competent German and Swiss authorities shall cooperate on the basis of mutual trust on all issues that arise in connection with the settlement of claims under Article I of the PfP Status of Forces Agreement in conjunction with Article VIII, paragraphs (5) to (7) of the NATO SOFA.

3. Claims processing

a) Settlement by the receiving State

The authority of the receiving State is responsible for taking delivery of and examining the application for compensation. Immediately upon receipt of the application, it shall conduct its own investigations.

b) Cooperation between the authorities of the receiving and sending States

The authority of the receiving State shall notify the authority of the sending State, as soon as possible but within no more than four weeks, of the receipt of an application for compensation. The notification shall contain, as applicable, the reference number assigned by the receiving State's authority, the claimant's name and address, a brief description of the incident, including when and where it occurred, the compensation amount claimed, the nature of the damage, the names of the armed forces members and unit involved in the reported incident. The notification shall be in duplicate.

The authority of the sending State shall acknowledge receipt of the notification and send the authority of the receiving State, within six weeks of its receipt, all available in-

formation and evidence. Where the authority of the sending State lacks any such information or evidence, it shall so inform the authority of the receiving State. The authority of the sending State shall further inform the authorities of the authority of the receiving State whether, in its opinion, the damage was caused by an act or omission for which the armed forces of the sending State are legally responsible and/or is related to the use of a vehicle of the force, and whether such use was authorized or unauthorized.

c) Payment and refund of the compensation amount

The authority of the receiving State shall, after analysis of all available information and evidence, decide whether and in what amount the claim is justified under the law of the receiving State.

The authority of the receiving State shall pay the compensation amount in its national currency. It shall subsequently apply to the authority of the sending State for reimbursement thereof. The authority of the sending State shall reimburse the amount due within three months.

If under the law of the receiving State compensation is to be granted in the form of an annuity, it shall be reimbursed between the Contracting Parties in accordance with the rules applicable in the receiving State as a capitalized amount.

d) Special provisions for settlement of out-of-service claims

Where the claim to be settled arises from damage not caused in the performance of official duty, the authority of the receiving State shall process the claim and determine the amount to be granted the claimant in a fair and equitable manner, taking into account all the facts in the case, including the conduct of the injured party. It shall then prepare a report for the authority of the sending State, which shall examine it without delay and decide what amount of compensation, if any, it deems justified.

The authority of the receiving State shall, notwithstanding the decision of the sending State, offer the claimant an *ex gratia* payment in settlement of his claim. If the offer is accepted by the claimant in full satisfaction of his claim, the authority of the receiving State shall make payment.

The sending State shall reimburse the receiving State for the payments made.

In addition, the provisions of paragraph 3(a) to (c) shall apply.

[TRANSLATION – TRADUCTION]

## **Accord**

**entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne concernant le séjour temporaire de membres des forces armées de la Confédération suisse et de membres des forces armées de la République fédérale d'Allemagne sur le territoire national de l'autre État, aux fins de participation à des projets d'exercices et d'instruction ainsi que de leur réalisation (Accord germano-suisse sur le séjour de forces armées)**

Conclu le 7 juin

Entré en vigueur par échange de notes le 17 juin 2010

---

*Le Conseil fédéral suisse*

*et*

*Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,*

en vertu de la Convention conclue à Bruxelles le 19 juin 1995 entre les Etats parties au Traité de l'Atlantique Nord et les autres Etats participant au Partenariat pour la paix sur le statut de leurs forces (SOFA du PpP) et le Protocole additionnel du 19 juin 1995 à la SOFA du PpP,

en référence à l'Accord du 29 septembre 2003 entre le Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports agissant pour le Conseil fédéral suisse et le Ministère fédéral de la défense de la République fédérale d'Allemagne sur la collaboration des forces armées dans le domaine de l'instruction (Accord sur l'instruction),

désirant régler les conditions et modalités du séjour temporaire de membres des forces armées allemandes en Suisse et de membres des forces armées suisses en République fédérale d'Allemagne à des fins d'exercices et d'instruction,

et partant du fait que les dispositions du présent Accord n'entraînent aucune dérogation aux droits et obligations des parties contractantes découlant de traités relevant du droit international public et instituant des tribunaux internationaux, y compris le statut de Rome de la Cour pénale internationale,

*sont convenus des dispositions suivantes:*

**Art. 1**           Objet

Le présent Accord régit l'entrée et le déplacement de membres des forces armées de la République fédérale d'Allemagne et de membres des forces armées de la Confédération suisse sur le territoire national de l'autre Etat ainsi que leur sortie de ce territoire et leur séjour temporaire sur ce territoire aux fins de participation à des projets d'exercices et d'instruction et leur réalisation. Par «membres des forces armées», on entend le personnel militaire et l'élément civil des forces armées des parties contractantes qui séjournent sur le territoire de l'Etat de séjour dans le cadre de projets d'exercices et d'instruction selon l'Accord sur l'instruction en tant qu'élèves, instructeurs ou membres d'une formation militaire ou d'une installation d'instruction.

**Art. 2**           Type, étendue et durée du séjour

Les séjours temporaires au sens du présent Accord sont effectués par les forces armées de l'Etat d'origine à des fins d'exercices, d'instruction des unités et de transit par voie terrestre. A cet effet, les forces armées de l'Etat d'origine peuvent compter jusqu'à 3000 membres. Les séjours ne dépassent généralement pas 30 jours et sont soumis dans chaque cas à l'autorisation des autorités compétentes de l'Etat de séjour.

**Art. 3**           Conditions d'entrée, de sortie et de séjour

(1) Dans la mesure où aucune autre disposition n'est stipulée dans le présent Accord, l'entrée et la sortie de l'Etat de séjour ainsi que le séjour temporaire sur son territoire de membres des forces armées de l'Etat d'origine sont réglés dans la SOFA du PpP.

(2) Les dispositions suivantes s'appliquent aux armes introduites ou apportées par les forces armées de l'Etat d'origine dans l'Etat de séjour:

- a) Les autorisations requises par le droit de la République fédérale d'Allemagne en matière de commerce extérieur et de contrôle du matériel de guerre sont considérées comme accordées aux armes de guerre introduites ou apportées par les membres des forces armées de la Confédération suisse. Les forces armées de cette dernière apportent avec elles, lors de leur entrée et de leur séjour en République fédérale d'Allemagne, une copie du présent accord à titre de preuve de l'autorisation requise.
- b) Les troupes étrangères et leurs membres qui entrent en Suisse pour des projets d'exercices et d'instruction n'ont pas besoin, selon le droit de la Confédération suisse, d'autorisation d'importation et de réexportation pour l'armement apporté.

**Art. 4** Santé publique

(1) Dans le domaine de la santé publique, les forces armées de l'Etat d'origine sont tenues de respecter les prescriptions de l'Etat de séjour.

(2) La législation de l'Etat de séjour est applicable sur son territoire en vue de la prévention et de la lutte contre les maladies contagieuses de l'homme, des animaux et des plantes ainsi que pour la lutte contre les organismes nuisibles aux plantes ou aux produits végétaux. Les autorités compétentes de l'Etat de séjour prennent les mesures relatives à la protection contre les infections, à la lutte contre les épizooties, aux denrées alimentaires, à la lutte contre les organismes nuisibles aux plantes et aux produits végétaux et autres ainsi que les mesures relatives aux médicaments, aux produits médicaux ou d'hygiène sanitaire, dans la mesure où aucun accord interétatique ne s'y oppose.

**Art. 5** Juridiction pénale et mesures de contrainte

(1) Dans la mesure où l'Etat de séjour, conformément à l'art. 1 de la SOFA du PpP, en relation avec l'art. VII de la SOFA de l'OTAN, est habilité à exercer la juridiction pénale sur les membres des forces armées de l'Etat d'origine, l'autorité compétente de l'Etat de séjour renoncera à l'exercer, à moins que les intérêts essentiels de l'administration de la justice de l'Etat de séjour ne justifient l'intervention de cette dernière.

(2) Les intérêts essentiels de l'administration de la justice peuvent justifier l'exercice de la juridiction pénale en particulier dans les cas suivants:

- a) actes punissables conformément à l'art. VII, al. 2, let. c de la SOFA de l'OTAN et des actes punissables comparables extrêmement graves portant atteinte à la sûreté de l'Etat de séjour,
- b) actes punissables entraînant le décès d'une personne et infractions portant atteinte à l'intégrité physique et à l'autodétermination sexuelle, dans la mesure où ces actes ne sont pas commis contre un membre des forces armées de l'Etat d'origine,
- c) tentative de commettre de tels actes punissables et participation à ceux-ci.

(3) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale, l'Etat d'origine, sur demande de l'Etat de séjour, rapatrie sans délai le membre de ses forces armées soupçonné d'avoir commis une infraction pendant son séjour sur le territoire national de l'Etat de séjour.

(4) Si le suspect est rentré dans l'Etat d'origine et s'il ne s'agit pas d'un cas défini à l'al. 3, l'Etat d'origine, sur demande de l'Etat de séjour, soumet le cas à ses autorités compétentes qui décideront s'il y a lieu d'ouvrir une procédure pénale.



(5) Lorsque, dans le cadre d'une procédure pénale ouverte à l'encontre d'un membre des forces armées de l'Etat d'origine dans l'Etat de séjour, la législation de l'Etat d'origine s'applique pour décider si l'exercice de ses fonctions sont à l'origine de l'acte ou de l'omission. Sur demande de l'Etat de séjour, une attestation peut être établie à ce sujet par une autorité désignée par l'Etat d'origine et soumise par l'Etat de séjour à ses autorités compétentes qui en tiendront compte de manière appropriée dans le cadre de l'ordre juridique interne de leur Etat.

(6) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents des deux Etats s'accorderont l'entraide judiciaire conformément à leur droit national. Dans le cas de non-renonciation à l'exercice de la juridiction pénale des autorités compétentes de l'Etat de séjour, l'Etat d'origine fait en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire de l'Etat de séjour se présentent aux autorités et tribunaux de l'Etat de séjour.

(7) Les autorités et tribunaux de l'Etat de séjour sont habilités, dans le cadre de leurs compétences et attributions, à ordonner et à appliquer des mesures de contrainte à l'encontre de membres des forces armées de l'Etat d'origine pendant leur séjour sur le territoire de l'Etat de séjour.

(8) Si un membre des forces armées de l'Etat d'origine est maintenu provisoirement en état d'arrestation par les autorités de l'Etat de séjour, ou si d'autres mesures de contrainte entraînant une privation de liberté sont appliquées, l'autorité compétente de l'Etat de séjour en informe sans délai la représentation diplomatique de l'Etat d'origine sise sur son territoire. Ce faisant, elle indique quelle est l'autorité ou le tribunal compétent pour la suite de la procédure.

(9) Les autorités et tribunaux de l'Etat d'origine n'exercent pas leur juridiction pénale sur le territoire de l'Etat de séjour.

#### **Art. 6** Télécommunications

(1) L'utilisation des services de télécommunications offerts au public dans l'Etat de séjour est régie d'une part par les prescriptions générales de l'Etat de séjour et d'autre part par les conditions commerciales respectives des prestataires de services.

(2) Les forces armées de l'Etat d'origine peuvent, dans la mesure requise pour atteindre l'objectif de leur séjour, établir et exploiter temporairement, avec le consentement des autorités compétentes de l'Etat de séjour, des installations de télécommunications, y compris des installations de radiocommunications.

(3) Les installations de radiocommunications et de télécommunications des forces armées de l'Etat d'origine destinées à être exploitées sur le territoire de l'Etat de séjour ou à être raccordées à des branchements ou à des voies de transmission des réseaux de télécommunications publics doivent répondre aux exigences techniques en vigueur conformément à l'ordre juridique de l'Etat de séjour pour les installations de radiocommunications ou de télécommunications. La conformité à ces conditions doit être attestée par une procédure d'évaluation de conformité et les installations doivent être identifiées en conséquence.

(4) Les forces armées de l'Etat d'origine n'utilisent dans l'Etat de séjour que les fréquences qui leur sont assignées par les autorités compétentes de l'Etat de séjour. À la fin du séjour, ces fréquences reviennent aux autorités compétentes de l'Etat de séjour.

(5) Les forces armées de l'Etat d'origine prennent toutes mesures nécessaires en vue d'éviter les perturbations causées aux réseaux de télécommunications dans l'Etat de séjour par leurs installations de télécommunications ou autres installations électriques. Lorsque les services de radiocommunications des forces armées de l'Etat d'origine provoquent des brouillages préjudiciables pour des services de radiocommunications situés en dehors de l'Etat de séjour ou lorsqu'ils sont eux-mêmes perturbés par des brouillages dus à ces derniers, les autorités compétentes de l'Etat de séjour agiront conformément aux dispositions en vigueur des Constitution et Convention de l'Union Internationale des télécommunications en vigueur, ainsi que du Règlement des Radiocommunications. Les autorités compétentes de l'Etat de séjour prennent, dans le cadre des dispositions en vigueur, toutes mesures nécessaires en vue d'éviter des perturbations des installations de télécommunications des forces armées de l'Etat d'origine causées par des installations de télécommunications ou autres installations électriques de l'Etat de séjour. Dans le cas de perturbations électromagnétiques, les dispositions de la loi nationale sur la compatibilité électromagnétique des appareils sont applicables. Si la mise hors service de la source des perturbations est nécessaire, les forces armées de l'Etat d'origine doivent y procéder sans délai.

#### **Art. 7**            Protection de l'environnement

(1) Les forces armées de l'Etat d'origine reconnaissent l'importance de la protection de l'environnement dans le contexte de leurs activités dans l'Etat de séjour et respectent la législation de l'Etat de séjour relative à la protection de l'environnement.

(2) Les autorités compétentes des deux Etats coopèrent étroitement, dans le cadre du présent Accord, pour toutes les questions relatives à la protection de l'environnement, notamment lors de la préparation des exercices.

(3) Au-delà du respect de la législation de l'Etat de séjour, les nuisances en matière d'environnement doivent être évitées et, lorsque des effets nuisibles sont inévitables, ils doivent être compensés en prenant des mesures appropriées.

(4) Pour le transport d'armes, de matériel lourd ou de marchandises dangereuses, la préférence est donnée au transport par voie ferrée et par eau. Des stipulations relatives aux voies et aux moyens de transport sont conclues entre les ministères de la défense, en accord avec les autorités compétentes de l'Etat de séjour.

(5) Pour le fonctionnement de leurs aéronefs, navires et véhicules terrestres dans l'Etat de séjour, les membres des forces armées de l'Etat d'origine n'utilisent que des carburants, lubrifiants et produits additifs peu polluants conformément à la réglementation de l'Etat de séjour, dans la mesure où un tel emploi est compatible avec les impératifs techniques de ces véhicules. En ce qui concerne les voitures de tourisme et les véhicules utilitaires, les prescriptions de l'Etat de séjour en matière de pollution sonore et d'émission de gaz sont respectées, dans la mesure où elles ne constituent pas une contrainte excessive.

(6) Lors de l'utilisation d'installations d'exercices, les membres des forces armées de l'Etat d'origine respectent les règlements d'utilisation respectifs, notamment les dispositions relatives à la sécurité, à la protection contre le feu et à la protection de l'environnement. Cela vaut également pour les règlements de service des forces armées de l'Etat de séjour concernant les exercices. Les exceptions sont soumises à l'autorisation de l'Etat de séjour.

(7) Les membres des forces armées de l'Etat d'origine respectent les stipulations de l'Etat de séjour relatives à la récupération écologique ou toute autre forme d'évacuation des déchets.

**Art. 8**                    Circulation des véhicules en propre des forces armées de  
l'Etat d'origine et utilisation des aéroports de l'Etat de séjour

(1) Les véhicules automobiles et les remorques des forces armées de l'Etat d'origine sont immatriculés et autorisés à circuler par les autorités compétentes de l'Etat d'origine. Ces véhicules portent une plaque minéralogique et une marque de nationalité claire.

(2) Les transports et acheminements effectués par les membres des forces armées de l'Etat d'origine conformément à la législation interne de l'Etat de séjour et aux contrats de droit international public en vigueur liant les deux Etats, ainsi que les accords techniques et procédures y relatives, sont considérés comme approuvés et autorisés.

(3) Les autorités compétentes des forces armées de l'Etat de séjour coordonnent, vis-à-vis des autorités et entreprises civiles, la représentation des intérêts militaires de l'Etat d'origine dans les questions de circulation.

(4) Les prescriptions de l'Etat de séjour relatives à la circulation, y compris les prescriptions relatives au comportement sur les lieux de l'accident et les prescriptions concernant le transport de marchandises dangereuses s'appliquent aux membres des forces armées de l'Etat d'origine. Les autorités compétentes de l'Etat de séjour contrôlent le respect de ces prescriptions. Ce contrôle peut être effectué en commun avec les autorités compétentes de l'Etat d'origine.

(5) Les forces armées de l'Etat d'origine observent les prescriptions de sécurité de l'Etat de séjour relatives à la circulation; dans le cadre de celles-ci, les membres des forces armées de l'Etat d'origine peuvent appliquer leurs propres normes relatives à la construction, à l'exécution et à l'équipement des véhicules, remorques, bâtiments fluviaux ou aéronefs. Les autorités des deux Etats coopèrent étroitement à l'application de ces dispositions.

(6) La circulation de véhicules et de remorques dont les dimensions, la charge par essieu, le poids total ou le nombre excèdent les limites fixées par les prescriptions de l'Etat de séjour relatives à la circulation, ne s'effectue, sauf en cas d'urgence pour la protection de l'intégrité corporelle et de la vie, qu'avec l'autorisation des autorités compétentes de l'Etat de séjour. En dehors des places d'exercice des troupes, la circulation de véhicules à chenilles s'effectue d'une manière générale par voie ferrée ou, si nécessaire, sur des remorques surbaissées. La circulation de véhicules à chenilles sans semelles sur des routes et voies publiques n'est pas autorisée.

(7) Sauf en cas d'urgence, les membres des forces armées de l'Etat d'origine employant des aéronefs militaires ne peuvent utiliser les terrains d'atterrissage civils de l'Etat de séjour qu'avec l'autorisation délivrée par les autorités compétentes conformément aux dispositions de l'Etat de séjour.

**Art. 9**                    Responsabilité et règlement des dommages

(1) En ce qui concerne la responsabilité et le règlement des dommages, les deux Etats procèdent en conformité avec les dispositions de la SOFA du PpP, dans la mesure où aucune autre disposition n'est stipulée dans le présent Accord.

(2) Les dispositions fixées dans l'annexe au présent Accord s'appliquent pour le règlement de dommages aux tiers. Cette annexe fait partie intégrante du présent Accord.

**Art. 10**                  Exercices et instruction

(1) Les exercices sont régis par les dispositions légales et les règlements de service de l'Etat de séjour.

(2) Les exercices terrestres se déroulent par principe sur des places d'exercice des troupes, des places de tir et dans des installations d'instruction militaires.

(3) Les exercices aériens sont régis par les dispositions de l'Etat de séjour relatives à l'entrée dans l'espace aérien et à son utilisation et par celles de nature militaire qui y dérogent. Les dispositions concernant le recours à des installations et dispositifs aéronautiques, dispositions qui relèvent des Normes et Pratiques recommandées émanant de l'Organisation de l'Aviation civile internationale, ainsi que les procédures de notification, d'autorisation et de coordination en vigueur contenues dans les prescriptions correspondantes de l'Etat de séjour, sont applicables. Les équipages participant à un exercice ainsi que le personnel de la sécurité aérienne et du contrôle de défense aérienne qui les accompagne doivent maîtriser la langue anglaise, dans la mesure où cela est nécessaire pour des raisons de sécurité aérienne et des vols.

(4) Les alinéas de 1 à 3 s'appliquent par analogie aux mesures d'instruction.

**Art. 11** Règlement des différends

Les différends concernant l'application ou l'interprétation du présent Accord sont réglés à l'amiable par voie de négociation et ne sont pas renvoyés à des tiers pour conciliation.

**Art. 12** Exécution

Des arrangements concernant l'exécution du présent Accord peuvent être convenus entre les ministères de la défense des deux Etats, lesquels s'instruisent mutuellement sur les interlocuteurs responsables de l'exécution du présent Accord.

**Art. 13** Entrée en vigueur, durée de validité et résiliation

(1) Le présent Accord entre en vigueur le jour où le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne a informé le Conseil fédéral suisse que les conditions internes à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies. La date d'entrée en vigueur est celle de la réception de cette communication. L'Accord est appliqué à titre provisoire à partir du jour de sa signature conformément au droit interne de chaque Etat.

(2) Le présent Accord reste en vigueur pour une période illimitée. Chaque partie contractante peut résilier par écrit le présent Accord, par voie diplomatique. La résiliation prend effet une année après sa réception.

(3) Les dispositions de la Convention du 29 septembre 2003 entre le Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports agissant pour le Conseil fédéral suisse et le Ministère fédéral de la défense de la République fédérale d'Allemagne sur la collaboration des forces armées dans le domaine de l'instruction restent valables. Dans le cas de contradictions, le présent Accord est déterminant.

Fait à Berne, le 7 Juin 2010, en double exemplaire, chacun en allemand.

Pour le Gouvernement  
de la Confédération suisse:

Ulrich Maurer

Pour le Gouvernement  
de la République fédérale d'Allemagne:

Alex Berg

## **Annexe**

**à l'Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, concernant le séjour temporaire de membres des forces armées de la Confédération suisse et de membres des forces armées de la République fédérale d'Allemagne sur le territoire national de l'autre État, aux fins de participation à des projets d'exercices et d'instruction et leur réalisation (Accord germano-suisse sur le séjour de forces armées)**

---

### **Dispositions concernant le règlement des dommages**

#### **1. Autorités compétentes**

- a) Dommages survenus en Allemagne
  - L'autorité suisse compétente est le Centre de dommages du Département de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS).
  - L'autorité allemande compétente est le «Bundesanstalt für Immobilienaufgaben».
- b) Dommages survenus en Suisse
  - L'autorité suisse compétente est le Centre de dommages du DDPS.
  - L'autorité allemande compétente est le «Bundesamt für Wehrverwaltung».

#### **2. Collaboration**

Les autorités compétentes allemandes et suisses collaborent en toute confiance pour toutes les questions relatives au règlement des dommages conformément à l'art. 1 de la SOFA du PpP en relation avec l'art. VIII, al. (5) à (7) de la SOFA de l'OTAN.

#### **3. Règlement des dommages**

- a) Règlement par l'Etat de séjour

L'autorité de l'Etat de séjour est responsable de la prise en charge et du contrôle de la demande d'indemnité. Elle effectue sa propre enquête immédiatement après réception de la demande.

b) Collaboration entre les autorités respectives de l'Etat de séjour et de l'Etat d'origine

L'autorité de l'Etat de séjour notifie à l'autorité de l'Etat d'origine la réception de la demande d'indemnité aussi rapidement que possible, mais au plus tard dans un délai de quatre semaines. Le cas échéant, la notification mentionne la référence de l'autorité de l'Etat de séjour, le nom et l'adresse du demandeur, une brève description du cas avec indication de l'heure et du lieu, du montant de l'indemnité demandé, du type de dommage, des noms des membres des forces armées impliqués et de la désignation de l'unité impliquée. La notification est envoyée en deux exemplaires.

L'autorité de l'Etat d'origine confirme à l'autorité de l'Etat de séjour la réception de la notification. Elle lui envoie toutes les informations et moyens de preuves disponibles dans un délai de six semaines après la réception de la notification. Lorsque l'autorité de l'Etat d'origine ne dispose pas de telles informations et preuves, elle en informe l'autorité de l'Etat de séjour. En outre, l'autorité de l'Etat d'origine communique à l'autorité de l'Etat de séjour si les dommages sont dus, à son avis, à une action ou à une omission dont sont légalement responsables les forces armées de l'Etat d'origine, et/ou en relation avec l'utilisation d'un véhicule de la troupe et si cette utilisation était autorisée ou non.

c) Paiement et remboursement du montant de l'indemnité

Après avoir analysé toutes les informations et preuves à disposition, l'autorité de l'Etat de séjour décide si la prétention est justifiée en vertu de sa législation et à quel montant l'indemnité doit s'élever.

L'autorité de l'Etat de séjour paie le montant de l'indemnité dans sa devise. Elle demande son remboursement à l'autorité de l'Etat d'origine. L'autorité de l'Etat d'origine rembourse le montant dans un délai de trois mois.

Si, selon la législation de l'Etat de séjour, l'indemnité doit être versée sous forme de rente, celle-ci doit être remboursée proportionnellement entre les parties contractantes en tant que capital conformément aux principes en vigueur dans l'Etat de séjour.

d) Dispositions particulières régissant le règlement de dommages causés hors du service

Pour le règlement des dommages qui n'ont pas été causés durant le service, l'autorité de l'Etat de séjour instruit la demande d'indemnité et fixe d'une manière juste et équitable le montant à allouer au demandeur en tenant compte de toutes les circonstances de la cause, y compris le comportement de la personne lésée. Elle établit ensuite un rapport à l'intention de l'autorité de l'Etat d'origine, laquelle l'examine et décide sans délai si elle considère une indemnisation comme justifiée et pour quel montant.

L'autorité de l'Etat de séjour offrira au demandeur le montant qui lui revient à titre de compensation *gracieuse (ex gratia)* et ce indépendamment de la décision de l'Etat d'origine. Si cette offre est acceptée à titre de dédommagement intégral par le demandeur, l'autorité de l'Etat de séjour effectue elle-même le paiement.

L'Etat d'origine rembourse à l'Etat de séjour les paiements effectués.

Pour le reste, les dispositions du ch. 3, let. a à c, s'appliquent par analogie.